

QUARTALSBERICHT

Projektland: Rumänien

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Oppositionsparteien vereinigen sich in Allianz gegen Regierung**
2. **Sozialdemokratischer Europaabgeordneter der Korruption bezichtigt**
3. **Reformer in der demokratisch liberalen Partei werden abgeschmettert**
4. **Konjunkturaussichten deutlich verbessert**

Oppositionsparteien vereinigen sich in Allianz zum Sturz der Regierung

Nachdem die Opposition bisher mit allen Versuchen gescheitert ist, die Regierung Boc über Mißtrauensanträge auszuhebeln, haben sie sich nun in einer Allianz, der Sozial-Liberalen-Union (USL), zusammengeschlossen. Hintergedanke dieses Bündnisses ist es, so im Parlament vielleicht als eine Partei auftreten zu dürfen. Nach der rumänischen Verfassung hat die stärkste Partei das Recht, den Ministerpräsidenten vorzuschlagen. Im Vorfeld dieser Allianz gab es bereits den umstrittenen Zusammenschluss der Nationalliberalen (PNL) mit der konservativen Partei (PC) zur Mitte-Rechts-Allianz. Im Kreuzfeuer der Kritik stand dieses Bündnis vor allem wegen des Ehrenvorsitzenden der PC, dem Medienzar, Dan Voiculescu, der erwiesenermaßen eine Vergangenheit als Securitate-Spitzel besitzt. Es ist fraglich, inwieweit die klassischen Liberalen diese parteipolitischen Eskapaden gutheissen. Im Kreis Constanta sind bereits 200 Mitglieder ausgetreten und zu den Demokratisch-Liberalen übergetreten.

Auch die Rechnung, als eine Oppositionspartei ohne einen echten Zusammenschluss der Parteien auftreten zu können, ging bisher nicht auf. So bleibt den Oppositionsparteien nur die Hoffnung, dass schlechte Wirtschaftsdaten und weitere Einsparungen im Haushalt die Wähler weiterhin in die Arme treiben. Derzeit kann die Opposition laut Meinungsumfragen mit 59 % der Wählerstimmen rechnen. Fraglich ist jedoch wie stabil dieses Bündnis bleibt. Der Zusammenschluss erfolgte mehr oder minder aus eigensüchtigen Motiven der jeweiligen Parteivorsitzenden und nicht auf der Grundlage gemeinsamer Werte und

Zielvorstellungen. Hinzu kommt, dass bei der sozialdemokratischen Partei der Haussegen schief hängt. Der Streit zwischen Geoană und Ponta ist immer noch nicht beigelegt. Ponta hat seinen Vorgänger im Amt des Parteivorsitzenden von allen Parteiämtern suspendiert. Dieser droht mit seinem Übertritt zu der, der Regierung nahestehenden Nationalen Union zum Fortschritt Rumäniens (UNPR). Korruption ist in Rumänien ein parteiübergreifendes Problem. Das zeigte jetzt auch wieder der Fall des **sozialdemokratischen Europaabgeordneten**, Adrian Severin. Gegen ihn will nun auch die rumänische Antikorruptionsbehörde ermitteln. Sie zumindest die Aufhebung seiner Immunität beim europäischen Parlament beantragt. Es wird sich zeigen, inwieweit dieser Fall Auswirkungen auf die Wählergunst hat.

Auch in der Regierungspartei, PD-L, kriselt es munter weiter. Die **Reformvorschläge zur Erneuerung der Parteisatzung** von der Gruppe um die Europaparlamentarierin, Monica Macovei, wurden von der alten Garde um den ehemaligen Innenminister, Vasile Blaga, **abgeschmettert**. Dessen Gruppe fordert eine strikte Trennung von Partei- und Regierungsdämtern. Dies richtet sich vor allem gegen den Staatspräsidenten, da dessen Gefolgsmann, Emil Boc, zurzeit sowohl das Amt des Premierministers wie auch das des Parteivorsitzenden inne hat. Die Planspiele des Präsidenten, nach dem Parteitag der PD-L im Mai bei einer Wiederwahl Bocs zum Parteivorsitzenden einen Bürokraten als Premierminister vorzuschlagen, stoßen beim Ungarnverband und der Fraktion der Minderheiten auf wenig Gegenliebe. Sie möchten das Amt des Premiers politisch besetzt. Wird Emil Boc als Parteivorsitzender in seinem Amt bestätigt, ist es schwer verständlich, ihm dann das Vertrauen als Regierungschef zu entziehen. Als einziger Grund lässt sich anführen, Basescu braucht ein Mann seines Vertrauens an der Parteispitze und für das Amt des Premiers findet sich leichter ein zuverlässiger Gefolgsmann.

Einige Staaten der Europäischen Union werfen der rumänischen Regierung Mängel bei der **Korruptionsbekämpfung** vor. Sie befürchten in diesem Zusammenhang, dass aufgrund bestechlicher Grenzbeamter die Grenzen nicht ausreichend sicher sind. Als deutliches Zeichen der Korruptionsbekämpfung wurden nun an den Grenzen zu Serbien, der Ukraine und der Republik Moldau über 200 Grenz- und Zollbeamte festgenommen und des Zigarettschmuggels beschuldigt. Darüberhinaus wurde der Chef der Zollbehörde wegen des Verdachts der Bestechlichkeit entlassen. Betroffen von der Aktion waren auch Beamte des Innen- und des Finanzministeriums sowie der Kommunalverwaltung. Ermittelt wird von der Antikorruptionsbehörde, ANI, auch gegen einen Kreisratsvorsitzenden der PSD sowie gegen 13 Gewerkschaftsbosse. Trotz Aktionen wie dieser ist es der rumänischen Regierung noch nicht gelungen, die Bedenken der Skeptiker zu zerstreuen und grünes Licht für einen baldigen Schengenbeitritt zu erhalten.

Nicht nur innen- auch außenpolitisch wird der Schengen-Beitritt groß geschrieben. Nachdem man Frankreich die Hauptschuld an der Verzögerung

zuweist, versucht man mit der Bundesrepublik Deutschland einen Verbündeten zurückzugewinnen. Selbst mit unserer und Ungarns Unterstützung ist ein früher Schengenbeitritt fast unmöglich, solange Rumäniens Beitritt mit der Aufnahme Bulgariens verknüpft ist. Eine Sicherung der Außengrenze Rumäniens zu Bulgarien würde die damit verbundenen technischen und finanziellen Möglichkeiten Rumäniens bei weitem übersteigen.

Nach dem langen Wirtschaftsabschwung kann Rumänien wieder hoffen. Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum sind besser ausgefallen als erwartet. Die schmerzhaften Korrekturen in der rumänischen Wirtschafts- und Haushaltspolitik zeigen nun erste Erfolge. Blieb auch das Jahr 2010 mit einem Negativwachstum von 1,3 % noch hinter den Erwartungen zurück, so rechnet man in 2011 mit einem Wachstum von 2 %. Getragen wird der Aufschwung im ersten Quartal vor allem von der gestiegenen industriellen Produktion und der Ausfuhr von Autos und petrochemischen Produkten. Neben Ländern wie Amerika, Deutschland und Kanada ist inzwischen die Türkei ein Hauptabnehmerland rumänischer Erzeugnisse. Eine weitere zusätzliche Einnahmequelle für den Staat war die um 5 % erhöhte Mehrwertsteuer. Eine weitere gute Nachricht für die rumänische Wirtschaftsentwicklung sind die wieder steigenden Direktinvestitionen. Trotz der positiven Signale ist die rumänische Regierung gezwungen auch weiterhin Haushaltsdisziplin zu wahren. Die rumänische Regierung hat sich gegenüber der Europäischen Union verpflichtet, bis Jahresende das Haushaltsdefizit auf unter 4,4 % des Bruttoinlandproduktes zu drücken und mittelfristig die Stabilitätskriterien zu erfüllen.

Die Einsparungen im Haushalt haben alle Lebensbereiche betroffen. So stiegen die Kosten im Gesundheitssystem bei sinkenden Löhnen im öffentlichen Dienst. Renten und Sozialleistungen wurden gekürzt. Hinzu kommen eine Inflationsrate von rund 7 % und eine durchschnittliche Preissteigerung von 3,6 %. Die Arbeitslosenrate ist gesunken und wird mit 6,6 % angegeben. All diese Zahlen bedeuten vor allem für Berufsanfänger keine rosige Zukunft. Viele junge qualifizierte Rumänen verlassen das Land in der Hoffnung in Europa Arbeit zu finden.

Klaus Sollfrank

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Bukarest, Rumänien

IMPRESSUM

Erstellt: 21.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de